

# «Es braucht nicht mehr, sondern bessere Rahmenbedingungen»

Welche Art von Energieversorgung braucht die Schweizer Wirtschaft, und wie kommen wir dahin? Dominique Reber von Economiesuisse und Nick Beglinger, Präsident des Wirtschaftsverbandes Swis cleantech, kreuzen die Klingen. *Interview: Gabriela Weiss und Charlotte Jacquemart*

**NZZ am Sonntag:** Zwei Wirtschaftsverbände, Economiesuisse und Swis cleantech, plädieren für saubere Technologien in der Schweizer Wirtschaft. Weshalb braucht es die Swis cleantech? **Nick Beglinger:** Es ist schön, dass Economiesuisse seit kurzem auch auf Clean tech setzt. Zumindest in der Kommunikation. Bei spezifischen Umwelt-, Klima- oder Energiefragen, wie sie sich in der momentanen Klima- oder Energiepolitik stellen, setzt der Wirtschaftsdachverband jedoch nicht auf saubere Lösungen. Er nimmt die Interessen einer Minderheit wahr. Jene der energieintensiven Unternehmen und jene der autonomen Klientel nämlich. Für 95% aller Firmen stellen Energiekosten lediglich einen ganz kleinen Teil der Gesamtkosten dar. Die Interessen der Gesamtwirtschaft und der Umwelt kommen zu kurz. **Dominique Reber:** Offensichtlich weiss Herr Beglinger nicht, dass wir mit 20 Industrie- und Handelskammern sowie rund 100 Dachverbänden und ebenso vielen Firmenmitgliedern die grosse Mehrheit der Wirtschaft vertreten. Das sind rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Auch die 2100 Firmen bei der Energieagentur haben nicht

auf den Cleantech-Verband gewartet, sie leisten seit Jahren erfolgreiche Arbeit im Bereich Klima und Energieeffizienz. **Beglinger:** Diese reicht aber nicht. Die Schweiz wird wohl unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen 2012 die Klimaziele verfehlen. Wir wollen, dass der Staat im Interesse der Gesellschaft und der Wirtschaft diejenigen Rahmenbedingungen setzt, die eine nachhaltige Entwicklung sicherstellen, indem sie eine Vollkostenrechnung gewährleisten und saubere Technologien systematisch belohnen. Innerhalb dieses Rahmens können sich Firmen marktwirtschaftlich und frei bewegen. Wir vertreten also nicht den Neoliberalismus, sondern vielmehr eine nachhaltige Marktwirtschaft.

«Economiesuisse nimmt die Interessen einer Minderheit wahr, jene der energieintensiven Unternehmen.»

**Dagegen kann Economiesuisse doch nichts haben?** **Reber:** Bei den Massnahmen sind Sie, Herr Beglinger, staatsgläubig und extrem. Ihr Ruf nach dem Staat findet sich in jeder Stellungnahme des Verbands. Bei Economiesuisse suchen wir wirtschaftlich sinnvolle Lösungen. So verlangen wir beim Klimaschutz, dass zuerst Massnahmen umgesetzt werden, die sich wirtschaftlich auch rechnen. Erst wenn das nicht geht, muss der Staat reagieren.

**Also soll es der Markt wieder einmal richten?** **Reber:** Der Ersatz einer alten Produktionsanlage durch eine neue, effizientere, muss sich nach 5, 10, oder 15 Jahren rechnen. Die Investition darf also nicht durch den Staat verordnet sein, das wäre nicht nachhaltig. Die einzelnen umweltfördernden Massnahmen in den Firmen kumulieren sich und stärken letztlich als Ganzes den Wirtschaftsstandort Schweiz. Damit packen wir das Problem bei den Wurzeln.

**Beglinger:** Wir sind sicher keine «Extremisten». Die Sache, wie von Herrn Reber beschrieben, hat einen

Haken: Heute fehlt der richtige Rahmen. Es braucht nicht mehr, sondern bessere Rahmenbedingungen. Es sind eben nicht alle Umweltkosten in den marktwirtschaftlichen Entscheidungen eingerechnet. Das verzerrt die Wirtschaftlichkeitsrechnung der Unternehmen.

**Ein Beispiel?**

**Beglinger:** Die Kosten für Atomstrom: Das Risiko der Kernkraft wird nicht marktwirtschaftlich versichert, das Atommüllproblem ist ungelöst. Der Atomstrom ist deshalb heute zu günstig. Dadurch haben die erneuerbaren Energien einen Preisnachteil.

**Bei Wind- und Solarenergie ist die Kostentransparenz allerdings auch nicht gegeben.**

**Beglinger:** Ganz klar nicht. Auch hier fordern wir eine Vollkostenrechnung. Ist der Energiepreis höher, lohnen sich gewisse Effizienzmassnahmen, ist er tiefer, lohnen sie sich nicht. Die richtige Preisfindung soll nicht durch den Staat gemacht werden. Der Preis soll, basierend auf einer wahrheitsgetreuen Vollkostenrechnung, für jede Energiepro-

«Bei den Massnahmen in der Energie- und Umweltpolitik sind Sie, Herr Beglinger, staatsgläubig und extrem.»

duktionsart, durch den Markt gefunden werden. Das hat rein gar nichts mit Subventionen zu tun.

**Reber:** Diese Forderung nach der Vollkostenrechnung ist theoretisch richtig, und wir unterstützen sie. Was es aber braucht: Die Vollkosten müssen für alle gelten – das heisst auch für unsere Wettbewerber in anderen Ländern. Nur dann geht die Theorie in der Praxis auf. Das Unglück in Japan zum Beispiel wird die Kosten für den Betrieb von AKW weltweit erhöhen, die Sicherheitsanforderungen und die Versicherungsprämien steigen.

**Sie wollen also die Option AKW offenlassen?**

**Reber:** Auf jeden Fall. Die Kommission des Ständerates hat einen vernünftigen Weg aufgezeigt.

Swis cleantech will keine neuen AKW – das ist doch ein Technologieverbot.

**Beglinger:** Unsere Haltung hat nichts mit einem Technologieverbot zu tun. Wir befürworten Forschung in der Nuklearenergie, auch weil viele Probleme ja noch zu lösen sind, wie die Entsorgung und Lagerung der radioaktiven Abfälle. Wir können heute aber trotzdem den Entscheid fällen, dass jetzt andere, wirtschaftlich und gesellschaftlich interessantere Technologien im Vordergrund stehen sollen. Falls es dereinst eine neue, sichere und wirtschaftliche Nukleartechnologie geben sollte, dann sind wir sicherlich nicht aus irgendwelchen ideologischen Gründen dagegen. Uns geht es heute darum, eine Cleantech-Energiestrategie umzusetzen.

**Reber:** Eine Cleantech-Strategie ist richtig, wir sind mit dem Bundesrat einverstanden. Im Moment leidet die Schweizer Wirtschaft aber auch unter dem hohen Schweizerfranken, eine unilaterale staatliche Verteuerung der Energie ist schon deshalb nicht gescheit. Der Atomausstieg ist ebenfalls ein Kostentreiber, und der Entscheid wurde gefällt, ohne dass man die Grundlagen sauber aufgearbeitet hätte, zum Beispiel die volkswirtschaftlichen Kosten oder die Auswirkungen auf die Klimapolitik. Das ist falsch und schadet dem Standort.

**Inwiefern?**

**Reber:** Die Energieperspektiven des Bundes für den Atomausstieg sehen eine Verdoppelung aller Energiepreise – Gas, Strom und Erdöl – bis ins Jahr 2020 vor; wohlgemerkt, nicht weil der Markt in diese Richtung geht, sondern weil der Staat durch neue Steuern eingreifen soll.

**Beglinger:** Heute sind die Energiepreise staatlich verbilligt und der Energiemarkt alles andere als offen. Das muss und wird sich ändern. Die Unternehmen brauchen Transparenz und Planbarkeit – der Wettbewerb muss spielen. Um uns für die Zukunft bestmöglich zu rüsten, müssen wir jetzt die Energiewende herzhafte umsetzen und alle am gleichen Strick ziehen. Die bisherige Energiepolitik ist extrem risikobehaftet. Wir sind hochgradig auslandabhängig und stossen zu viel CO<sub>2</sub> aus.

**Das wird schwierig, 75% unserer Energie stammt aus fossilen Brennstoffen.**

**Reber:** Diesen Teil müssen wir zugunsten von Strom reduzieren, um Emissionen zu senken und die Effizienz zu steigern.

**Wie soll die Schweiz dies erreichen?**

**Beglinger:** Weil wir eben noch kein global bindendes Klimaziel haben und noch keinen international funktionierenden Emissionshandel, müssen wir auf die Wissenschaft hören. Die gibt ein klares Ziel vor: Das 2-Grad-Ziel des Uno-Klimarats. Es sagt aus, dass die Erde sich nicht mehr als 2 Grad im Vergleich zur Zeit vor der Industrialisierung erwärmen darf. Dafür muss ein Land wie die Schweiz bis 2020 40% CO<sub>2</sub> reduzieren.

**Reber:** Die Wirtschaft hat gezeigt, dass ohne staatliche Lenkung in den vergangenen zehn Jahren insgesamt 5,2 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> und sogar eine Terawattstunde Strom eingespart wurden. Dies sind 10% des Verbrauchs der Firmen, die sich bei der Energieagentur beteiligen, und sie repräsentieren ein Sechstel des gesamten Stromverbrauchs der Wirtschaft. Das ist ein enormer Leistungsbeweis, viel besser als alles, was mit staatlichen Regulierungen erreicht wurde.

**Das ist vor allem deshalb gelungen, weil die Firmen von einer CO<sub>2</sub>-Abgabe**



Mit unterschiedlichen Vorstellungen in die Energiezukunft: Nick Beglinger, Präsident von Swis cleantech, und Dominique Reber von Economiesuisse. (18. August 2011)

## Nick Beglinger

Der 41-jährige Ökonom ist Mitbegründer des Wirtschaftsverbandes Swis cleantech, den es seit 2009 gibt. Er setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen. Der Verband zählt 220 Mitglieder, darunter Flyer, Cisco, Doodle, aber auch Energieunternehmen wie das Zürcher Kantonswerk EKZ, die Stadtwerke Bern und Basel. Namhafte Firmen wie Meyer Burger oder ABB fehlen. (weg./jac.)

bedroht waren, wenn sie sich nicht freiwillig zu Reduktionszielen bekennen würden. Ist das nicht auch staatlich?

**Reber:** Wir wehren uns nicht generell gegen Lenkungsabgaben. Auch setzen wir uns dafür ein, das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Wir sollten auf dem Erreichten aufbauen. Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz will die erfolgreichen Institutionen Energie-Agentur und Klimarappen kaputt schlagen. Dies ist genau verkehrt wie die Forderung von Herrn Beglinger, eine staatliche Verteuerung der Energie durch zusätzliche Abgaben zu erzwingen.

**Beglinger:** Ich habe nie gesagt, der Staat solle die Preise festsetzen. Swis cleantech will Rahmenbedingungen, die marktwirtschaftlich auf eine nachhaltige Entwicklung zielen und Kostentransparenz herstellen. Gerade beim Atomstrom unterstützt Economiesuisse weiterhin eine staatswirtschaftliche Lösung. Hier bestimmt bis jetzt das Parlament die Versicherungssumme eines AKW. Diese Art von Subventionen sind ein Problem.

**Mit der Forderung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 40% zu reduzieren, davon 20% im Inland und 20% im Ausland, soll die Schweiz weiter gehen als Europa. Ist das sinnvoll?**

**Beglinger:** Wenn es die Schweiz nicht tut, wer soll es dann tun? Als eines der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Länder müssen wir bei den Klimazielen eine Vorreiterrolle einnehmen. Das ist nicht nur für die Umwelt richtig und wichtig – es ist vor allem auch eine einmalige Chance für unsere Wirtschaft. Economiesuisse macht bis heute keine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik. Ihr wollt bis 2020 im Vergleich zu 1990 nur 20% der CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren, ohne Option auf Erhöhung des Ziels.

## Dominique Reber

Der 36-jährige Wirtschaftsjurist ist Geschäftsleitungsmitglied des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse und leitet die Abteilung Infrastruktur und Umwelt. Reber setzt sich in diesem Bereich ein für möglichst wenig Regulierung und für freiwillige Massnahmen, wenn es um die Reduktion der Treibhausgas geht. Innerhalb von Economiesuisse treffen unterschiedlichste Interessen aufeinander. (weg./jac.)

**Aber mit hohen Klimazielen steigen die Preise noch stärker, darunter leidet die Wirtschaft.**

**Beglinger:** Economiesuisse hat über Jahre eine Billigenergiepolitik für die Schweiz vertreten – und schlägt diese auch weiterhin als die richtige Lösung vor. Das Potenzial in der Energieeffizienz und bei den Erneuerbaren wird kleingeredet. Unsere Cleantech-Energiestrategie zeigt, dass Energie- und Klimaziele gemeinsam erreicht werden können. Die von uns propagierte Vorreiterrolle heisst in der Wirtschaft «First Mover Advantage». Dadurch werden wir nicht leiden, sondern profitieren. Es wird uns auf marktwirtschaftlichem Wege gelingen.

**Reber:** Auch wir wollen ehrgeizige, international koordinierte und machbare Ziele. Wir haben in der Schweizer Industrie weder Stahlwerke noch Kohle- oder Gaskraftwerke. Dort sind die grossen Cleantech-Potenziale und Emissionsreduktionspotenziale auf der Welt. Dort findet auch die grosse Innovation statt.

**Eine Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, die von Economiesuisse in Auftrag gegeben wurde,**

sagt aber auch, dass gut positionierte Länder hohe Klimaziele haben.

**Reber:** Das stimmt. Länder mit hoher Cleantech-Spezialisierung können hohe Klimaziele erreichen – schliesslich ist es ihre Kernkompetenz. Aber es ist ein Trugschluss zu glauben, mit hohen staatlichen Zielen könne man eine Cleantech-Spezialisierung erzwingen. Uns fehlt dazu die umfangreiche industrielle und emissionsstarke Produktion als Ausgangsbasis. Eine Studie des Uno-Umweltprogramms zeigt, dass die Schweiz weltweit den höchsten Wohlstand mit dem tiefsten Umwelteinfluss erreicht.

**Beglinger:** Die Vorstellung, dass Klimaziele eine Wirtschaft im Land nicht beeinflussen, ist abstrus – und im Übrigen auch durch viele Studien widerlegt. Der regulative Rahmen muss so gesetzt werden, dass es für Unternehmen lohnend ist, in Energieeffizienz zu investieren. Das heisst, es gibt eine Umlagerung von Betriebskosten in Investitionskosten. Die Wertschöpfung bleibt im Land. Davon profitiert das KMU und die Ecke, und es mindert die Auslandsabhängigkeit der Schweiz.

**Dies aber auch nur, weil die Schweiz keine Kohlekraftwerke und Schwerindustrie hat.**

**Reber:** Nicht nur. Die Entwicklung der Energienachfrage – wie übrigens auch der Verbrauch verschiedener anderer Rohstoffe – hat sich in den vergangenen Jahren immer stärker vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. Wenn wir bereits die Besten sind, weshalb sollten wir den Pfad der wirtschaftlichen Massnahmen verlassen, der heute bestens funktioniert, zugunsten einer Politik, bei der die Preise für Energie macht und deren Erfolg nicht garantiert ist?

«Ich will eine intakte Umwelt – mit erneuerbaren Energien.»



Weil wir auch an zukünftige Generationen denken, investieren wir unter anderem in einen neuen Windpark im jurassischen Peuchapatte.

Alpiq engagiert sich für eine umweltverträgliche, sichere Energiezukunft.

www.alpiq.com

**ALPIQ**

Think energy. Think service.